

Brauchen wir eine Revolution? Vielleicht.

Nachdenken über das Verhältnis von Ökologie, Klima und Kapitalismus

Der dritte McPlanet-Kongress hatte ein verstecktes Top-Thema: das Verhältnis zwischen Ökologie und Kapitalismus. Ein kleiner Workshop zum Thema „Smash capitalism? Gibt es ökologische Gerechtigkeit im globalisierten Kapitalismus?“ war mit etwa 170 Personen in einem kleinen Seminarraum völlig überfüllt. Noch spannender war die Reaktion des Publikums auf vielen der Plenumsveranstaltungen. Kapitalismuskritische Äußerungen bekamen viel Beifall eines recht großen Teils der TeilnehmerInnen. Gleichzeitig hatte man immer wieder den Eindruck, dass radikale Kapitalismuskritik nur von wenigen auf den Podien vertreten wurde.

Auch in der breiten Öffentlichkeit gibt es Signale für eine Re-Ideologisierung der umweltpolitischen Diskussion. Am deutlichsten wird dies bei der Behandlung der Umweltpolitik in der jüngst gewachsenen Parteienkonkurrenz auf der linken Seite des politischen Spektrums. Zum einen diskutieren die Grünen Umweltpolitik als eine Erneuerung des ordnungspolitischen Ansatzes in der Wirtschaftspolitik, wie etwa von den PolitikerInnen der Grünen Bundestagsfraktion im öko-liberalen Positionspapier „Grüne Marktwirtschaft“ entworfen. Danach soll der Staat in der Wirtschaft sich darauf beschränken, einen Ordnungsrahmen zu setzen, der nun ökologisch ergänzt werden soll. Wirtschaftliche Aktivitäten des Staats selbst sollen möglichst unterbleiben. Im privaten Sektor soll der Wettbewerb möglichst hart sein. Dieser Ansatz soll zu einem Markenzeichen der Grünen entwickelt werden. Zum anderen kündigte der Vorsitzende der Linkspartei Lafontaine bei deren Gründungsparteitag eine ökologische Offensive an. Dabei argumentierte er, dass Kapitalismus und Umweltschutz grundsätzlich nicht vereinbar seien und die Grünen daher auf dem falschen Dampfer. Lediglich in einem anderen Wirtschaftssystem könne es ökologische Nachhaltigkeit geben.

Die Diskussion, die zwischen den VertreterInnen der „Grünen Marktwirtschaft“ und den BefürworterInnen einer „Ökologischen Kapitalismuskritik“ geführt wird, ist auf beiden Seiten von Tabus und fragwürdigen Gewissheiten geprägt.

„Grüne Marktwirtschaft“: Verheißungen und blinde Flecken

Die Position der „Grünen Marktwirtschaft“, d.h. eines ökologisierten Kapitalismus, geht davon aus, dass die „unsichtbare Hand des Marktes grün“ werden kann, wenn die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen. Dann werden, so die Annahme, ökologisch motivierte KonsumentInnen, Zivilgesellschaft und Politik die

Unternehmen dazu bringen, in einen Wettbewerb um die umweltfreundlichsten Produkte und Dienstleistungen einzutreten. Politisch diene dazu eine Kombination von Ordnungsrecht und Preisanreizen. Einen Durchbruch für den Umweltschutz verspricht man sich von der Einpreisung ökologischer Knappheiten: Umweltbelastungen, die bisher weitgehend kostenlos sind, sollen finanziell belastet werden. Über Ökosteuern oder Zertifikate sollen so die Märkte dafür sorgen, dass die ökologischen Grenzen eingehalten werden. Idealtypisch hierfür ist das Projekt eines globalen Marktes für CO₂-Verschmutzungsrechte, in dessen Rahmen Treibhausgasminderungen dort vorgenommen werden sollen, wo sie wirtschaftlich am günstigsten sind. So käme es zu einer Welle nachhaltiger Innovationen, die gleichzeitig einen ökologisch motivierten Wachstumsschub mit enormen Chancen für Unternehmen und den Arbeitsmarkt auslösten. Alle, mit Ausnahme der alten Verschmutzerindustrien, wären Gewinner – so etwa lautet die Verheißung der „Grünen Marktwirtschaft“.

Übersehen werden dabei gerne die Grenzen dieses Ansatzes. So führt eine Verteilung von knappen ökologischen Ressourcen über den Marktmechanismus zu einer neuen Dimension gesellschaftlicher Ungleichheit. Mobilität etwa würde für Arme zu einem kaum erschwinglichen Luxusprodukt. Daher kann bei der Lösung des Klimaproblems nur dann intensiv auf Bepreisung gesetzt werden, wenn die Ungleichheit in der Gesellschaft begrenzt ist. Andernfalls wird ein solches Modell verständlicherweise als ungerecht empfunden. Und selbst wenn die Erträge, die durch ökologische Steuern oder die Versteigerung von Zertifikaten eingenommen werden, beispielsweise in Form eines Energiegeldes umverteilt an die Bevölkerung zurückgegeben werden, ist dies keine ideale Lösung. Zwar sinkt dadurch die monetäre Ungleichheit. Der Effekt, dass ökologisch Belastende Aktivitäten für Arme unzugänglicher werden, bleibt jedoch.

Noch deutlicher werden die Probleme bei einem globalen CO₂-Handelssystem. Bei liberaler Ausgestaltung führt ein solches System dazu, dass alle aufwändigen Veränderungen der Lebens- und Wirtschaftsweisen in den armen Ländern stattfinden – denn dort sind sie billiger. In den reichen Länder würde sich auf lange Zeit kaum etwas bewegen. Lediglich ökologische Ausgleichszahlungen wären fällig. Ökonomisch mag dies effizient sein, politisch und kulturell ist es falsch und undurchführbar. Die Reichen der Welt könnten ökologisch weiterprassen.

Eine weitere Gefahr grüner Marktwirtschaft liegt darin, ökologische Interessen mit den Interessen der Ökonomie zu verwechseln. Erfreulicherweise entwickelt sich in der Wirtschaft ein boomender Ökosektor. Die Umweltverbände, insbesondere aber die Grünen, sehen sich als Interessensvertreter dieser Unternehmen und ihrer ArbeitnehmerInnen. Und in aller Regel dient das auch dem Umweltschutz. Es gibt jedoch Ausnahmen. So ist es

fragwürdig, wenn die Grüne Bundestagsfraktion strengen Patentschutz für Umwelttechnologie fordert (Bundestagsfraktion Bündnis 90/Grüne 2007). Ökologisch wünschenswert wäre dagegen deren globale Verbreitung und ein kostengünstiger Zugang zu dieser Technologie, nicht deren Monopolisierung durch Patente. Das Kopieren solcher Technologie, das dazu führt, dass diese auch in armen Ländern verwendet werden kann, ist ökologisch erfreulich. Gerade die deutsche Umweltbewegung muss sich hier eine internationalistische Perspektive bewahren.

Ebenso kommt es im Bereich der erneuerbaren Energien zu einigen Fehlsteuerungen, ohne dass die Umweltbewegung kraftvoll gegen diese zu Felde ziehen würde. Der Anbau von Raps zur Herstellung von Biodiesel bringt dem Klima erwiesenermaßen wenig. Trotzdem wird er gesetzlich enorm begünstigt¹. Auch durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz erwirtschaften einige Wirtschaftssektoren Übergewinne, um die es in der Umweltbewegung recht still ist. Die Gefahr ist real, dass die Interessen eines aufstrebenden Teilbereichs der Wirtschaft und eine wirksame Regulation miteinander in Konflikt geraten. Dies kann die Glaubwürdigkeit ökologischer Alternativen sehr schnell beschädigen.

Kapitalismuskritik: starke Argumente, schwache realpolitische Alternativen

Die kapitalismuskritischen ÖkologInnen haben andere Sorgen. Sie gehen davon aus, dass unser Wirtschaftssystem die Natur- und Umweltzerstörung in sich trägt. Daher glauben sie nicht, dass die Regulierung der Märkte die ökologischen Probleme lösen kann. Und tatsächlich: Dem Kapitalismus wohnt der Drang zum Wachstum und zur ökonomischen Verwertung alles noch Unverwerteten inne. Auch prägt er einen Lebensstil, der auf Konsum und materiellen Bedürfnissen basiert. Zudem profitieren mächtige Akteure von der bisherigen Wirtschaftsweise. Regulierungen im Sinne von Natur und Umwelt sind unter diesen Bedingungen in der Tat nur schwer durchsetzbar.

KapitalismuskritikerInnen haben also eine ganze Reihe starker Argumente auf ihrer Seite. Und dennoch verbuchen die Fans des ökologisierten Kapitalismus mindestens einen schlagenden Punkt für sich: Angesichts des Klimawandels und einer Naturzerstörung, die rasant voranschreitet, muss die ökologische Wende schnell vollzogen werden, sehr schnell. Um die materiellen Bedürfnisse der Menschen mit einem ungleich geringeren Energie- und Ressourcenverbrauch zu decken, brauchen wir sofort neue Technologien und andere Produktions- und Konsummuster. Auch wenn Technologie nicht alles ist, so ist doch

¹ <http://www.umweltbundesamt.de/verkehr/alternative-kraftstoffe/biodiesel/biodiesel.htm>
http://www.greenpeace.de/themen/sonstige_themen/feinstaub/artikel/biodiesel_mogelpackung_auf_kosten_der_umwelt/

unstrittig, dass sie ein wichtiger Teil der Lösung der ökologischen Krise ist. Die Entwicklung und vor allem die schnelle Verbreitung neuer Technologien gelingt jedoch bei den richtigen Rahmensetzungen in keinem System so schnell wie in kapitalistischen Marktwirtschaften. Hier konkurrieren Unternehmen und suchen nach den rentabelsten Anlagemöglichkeiten. Dies führt zu Innovationsgeschwindigkeiten, an die kein anderes bekanntes Wirtschaftsmodell heranreicht. Auf dieses Potential zu verzichten, erscheint ökologisch selbstmörderisch. Denn wie sonst soll der Trend steigender Treibhausgasemissionen global in zehn bis fünfzehn Jahren gestoppt und umgekehrt werden?

Ähnliches gilt für die Ablehnung von Steuern und Zertifikaten als Instrumente ökologischer Steuerung, die unter Linken verbreitet ist. Oft werden diese Instrumente von vorneherein skeptisch gesehen, weil es sich um Marktmechanismen handelt. Dabei wird regelmäßig übersehen, dass Steuern und Zertifikate politische Regulierungen sind. So setzen streng ausgestaltete Emissionshandelsmodelle ökologische Grenzen hart durch. Sie sind sicher nicht per se „wirtschaftsfreundlich“. Ebenfalls fragwürdig ist das Argument der Kommodifizierung öffentlicher Räume (Altvater 2006). Teile der Linken lehnen mit diesem Argument Ökosteuern und Zertifikate per se ab, dass weitere Bereiche der Gesellschaft über Geld organisiert werden. Allerdings bereits ohne dass solche Regulierungen wirken, werden öffentliche Güter wie die Atmosphäre, die Meere usw. für Verwertungsprozesse genutzt – nur eben kostenlos. Werden für die Nutzung dieser Güter nun Gebühren in Form von Ökosteuern erhoben, oder muss die Inanspruchnahme eines öffentlichen Guts wie der Atmosphäre durch Emissionszertifikate ersteigert werden, begrenzt dies nicht nur das Ausmaß der Nutzung. Darüber hinaus können die Erlöse, die so eingenommen werden, allen zu Gute kommen. Umweltsteuern und Zertifikatslösungen führen damit bei Lichte betrachtet also zu einer „Entprivatisierung“.

Ohne das Profitstreben und den Preismechanismus dafür einzusetzen, ökologische Innovationen zu beschleunigen, wird es vermutlich unmöglich sein, die ökologische Wende schnell genug zu vollziehen. Eine Ökologisierung des Kapitalismus abzulehnen, weil so unser Wirtschaftssystem als solches nicht in Frage gestellt oder dieses gar stabilisiert wird, erscheint angesichts der Folgen der ökologischen Krise zynisch. Linke müssen aufpassen, dass sie sich mit regulierungsskeptischen Positionen nicht zu Helfern der Verschmutzerindustrien machen. Das gilt insbesondere für die scharfe Grundsatzkritik am Emissionshandel. Denn während ähnlich wirksame Instrumente wie Ökosteuern auf europäischer Ebene nur im Konsens aller EU-Länder eingeführt werden können, reicht für eine Verschärfung und dringend notwendige Reform des Emissionshandels nach den europäischen Verträgen eine Mehrheit der Mitgliedstaaten. Daher ist der europäische Emissionshandel die einzige Option, die politisch durchsetzbar ist. Wer ihn grundsätzlich

bekämpft, erweist dem Klimaschutz einen Bärendienst.

Kapitalismus bändigen, kritisieren, Alternativen suchen

Dies bedeutet jedoch nicht, einen ökologisierten Kapitalismus toll finden zu müssen. Denn ob es unter den Bedingungen des Kapitalismus gelingen kann, die Einhaltung harter ökologischer Grenzen durchzusetzen, erscheint zumindest fragwürdig – wir wissen es nicht. Sicher erscheint, dass die ökologische Krise nur gelöst werden kann, wenn es national und international sozial gerecht zugeht. Eine neoliberale Variante grüner Marktwirtschaft, die den begrenzten Umweltraum ungerecht verteilen will, ist ungerecht und wird politisch keine Chance haben (Wuppertal Institut 2005). Selbst wenn wir es schaffen, den Kapitalismus konsequent sozial-ökologisch zu regulieren, bleiben viele Gründe, die dafür sprechen, kapitalismuskritisch zu bleiben. Insbesondere die kulturellen Effekte des Kapitalismus sind durch politische Regulation kaum zu erfassen. Es bleibt fragwürdig, ob ein gutes Leben unter dem Diktat von Effizienz, Geschwindigkeit, Verwertung, Flexibilität, von Leistungsanforderungen und Wettbewerb möglich ist. Weniger die sozial-ökologischen Widersprüche des Kapitalismus scheinen unlösbar als vielmehr seine kulturellen. Hier eröffnen sich weite Betätigungsfelder für die altermondialistische und ökologische Bewegung: Welche Maßnahmen können dem Kapitalismus Grenzen setzen, kulturell prägend zu wirken? Was soll außerhalb des Verwertbaren bleiben? Welche Grenzen sind der Konsumförderung zu setzen?

Auch bei einer kapitalismuskritischen Grundhaltung bleibt bis auf weiteres zuzugeben, dass wir für offene, plurale Gesellschaften keine Alternative zum Kapitalismus aus der Tasche ziehen können. Es lohnt sich aber, weiter danach zu suchen und mit Alternativen zu experimentieren, etwa im Rahmen von Projekten Solidarischer Ökonomie. Ob dies von Erfolg gekrönt sein wird? Vielleicht. Hoffentlich!

Literatur:

Elmar Altvater 2007: Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen – eine radikale Kapitalismuskritik.

Bundesumweltministerium (BMU) 2007: Ökologische Industriepolitik.

Bündnis 90/Grüne Bundestagsfraktion 2007: Energie 2.0.

Matthias Berninger, Fritz Kuhn u.a. 2006: Autorenpapier „Grüne Marktwirtschaft.

Wuppertal Institut 2005: Fair Future – Begrenzte Ressourcen und Globale Gerechtigkeit.